

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 39
Juni 2020

Solidarität in Zeiten von Corona

Mit sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung die Krise durchstehen und bekämpfen

Zur Rechtfertigung des Corona-Lockdowns hat man stets zwei Kurven gezeigt. Eine schnell ansteigende Zahl der Erkrankten bei Tatenlosigkeit und eine abgeflachte Kurve beim Lockdown. Durch Streckung der Pandemie sollte das Gesundheitssystem nicht überfordert werden. Dies ist anders, als in Italien, mehr als gelungen.

Aber die weiteren Ziele der Politik bleiben unklar. Soll die Zahl der Erkrankten auf niedrigem Niveau bis zur Bereitstellung eines Impfstoffs gehalten werden oder eine kontrollierte „Durchseuchung“ stattfinden, die eine Lockerung der Kontaktverbote ermöglichen würde? Das würde zwar auf Dauer zehntausende Tote bedeuten, aber bei einer Ansteckungsrate von 60-70 Prozent könnte eine „Herdennimmunität“ erreicht werden.

Man könnte erwarten, dass über diese Frage von Leben und Tod der Bundestag beschließen müsste. Stattdessen fahren Bundesregierung und Ministerpräsidenten unter dem Druck verschiedenster Interessengruppen auf Sicht.

Die viel beschworene Solidarität, die ohnehin an den Staatsgrenzen endete und nicht nur Italien, sondern auch die Flüchtlinge in Griechenland im Regen stehen lässt, neigt sich dem Ende zu. Auf der einen Seite verlangen diejenigen, die trotz staatlicher Subventionen auf ihre Boni und Ausschüttungen nicht verzichten wollen, eine Normalisierung. Auf der anderen Seite können viele Menschen den Lockdown nur

schwer durchhalten, die mit Kurzarbeit nicht über die Runden kommen, als Selbständige oder Niedriglöhner gleich in Hartz IV landen, deren Wohnungen zu klein sind und deren Kinder durch Home-Schooling noch mehr abgehängt werden.

Der Anspruch, möglichst wenige Infektionen zuzulassen und die Risikogruppen zu schützen, kann

nur aufrechterhalten werden, wenn nicht diejenigen, die am meisten unter dem Lockdown leiden, am Ende die Zeche bezahlen müssen. Dazu braucht es sofort ein erhöhtes Kurzarbeitergeld, eine Grundsicherung von 1.200 Euro für alle und die Einbeziehung der Selbständigen in die Arbeitslosenversicherung.

Fortsetzung S. 6



Raum für Radverkehr!

Nicht nur in Corona-Zeiten fehlt Radler*innen der Platz

Seit Corona hat der Radverkehr stark zugenommen. Auf manchen Radwegen ist es sehr eng geworden. Beim Spazieren, Laufen und Radeln machen sich die Menschen den gleichen Raum streitig. Oft ist es fast unmöglich, den Sicherheitsabstand einzuhalten.

Jetzt wäre es höchste Zeit, dem Radverkehr auf den Straßen mehr Platz zu geben. Noch wurde die neue bundesweite Verordnung mit 1,50 Meter Mindestabstand beim Überholen von Rädern nicht umgesetzt, geschweige denn bekannt gemacht. Bedeuten würde das: Stopp der gefährlich engen Überholpraxis selbst durch Lkw, z.B. in der Ket-

zerbach. Die Marburger Linke fordert, dass dies umgehend mit entsprechender Beschilderung und vor allem mit einer großen Aufklärungskampagne geschieht.

Die linke Fraktion will, dass der sorgsame Umgang mit der Gesundheit auch im verkehrspolitischen Alltag gilt. Denn in „normalen“ Zeiten kommen zunehmend Radfahrer*innen ums Leben, sterben jährlich in Deutschland 100.000 Menschen an den Folgen der Immissionen, die vor allem der Verkehr verursacht. Das aber scheint bei unseren Stadtoberen noch nicht angekommen zu sein.

Fortsetzung S. 2

Kommentar

Gesund werden ohne Profit

Spätestens mit Ausbruch der Corona-Pandemie treten die Schwächen unseres Gesundheits- und Pflegesystems offen zutage. Die Bundesregierung und Gesundheitsminister Spahn sind allerdings nicht gewillt, grundlegend umzuschwenken. In der Krise sollte eigentlich die Einsicht gereift sein, dass der Wettbewerb eine Krisensituation nicht bewältigen kann. Denn ein Resultat dieser Gesundheitspolitik der letzten 15 Jahre ist der Pflege-notstand in den Krankenhäusern, der sowohl Beschäftigte als auch Patientinnen und Patienten gefährdet. Auch der Mangel an medizinischer Schutzausrüstung und fehlende Labor- und Bettenkapazitäten für Corona-Patienten sind Ergebnisse des Kostendrucks. Für Krankenhäuser war es nicht attraktiv, mehr Schutzausrüstung als für den Alltagsbetrieb nötig einzulagern.

Wir brauchen endlich ein Gewinnverbot für Krankenhäuser. Sie müssen monatlich ein Budget erhalten, das ihre Kosten komplett abdeckt. Vor allem gehören sie zurück in die öffentliche Hand.

Die Debatte um eine Neuausrichtung unseres Gesundheits- und Pflegesystems muss jetzt geführt werden. Wir brauchen endlich eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, so wie DIE LINKE sie seit Langem fordert. Die gesamte Infrastruktur unserer Gesundheitsversorgung muss solidarisch und bedarfsgerecht reorganisiert werden, denn Profite pflegen keine Menschen.

Achim Kessler,
Gesundheitspolitischer Sprecher der
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Soziale Schieflage bei Corona-Maßnahmen

Viele Maßnahmen der Corona-Pakete stellten sich besonders in ihren sozialen Auswirkungen als kontraproduktiv heraus. Das zeigte sich am Beispiel des integrativen Studierenden-Wohnheims Konrad-Biesalski-Haus (KBH). Auf Grundlage eines für stationäre Wohneinrichtungen erlas-

senen Betretungsverbots wurden alle behinderten Bewohner*innen des KBH vom Studentenwerk Marburg gezwungen, kurzfristig auszuweichen und sich ihre Betreuung in der Familie oder anderswo selbst zu organisieren. Neben dem Stress – und der Rechtswidrigkeit – setzte dieses Vorgehen die Betroffenen er-

heblichen Risiken aus (lange Reisen, viele neue Kontakte, neue Pflegekräfte). Die Marburger Linke protestierte in der Öffentlichkeit und auch bei der Landesregierung in Wiesbaden. Das Studentenwerk nahm nach zwei Wochen die Maßnahme zurück.

Die Bedürfnisse von weiteren

Gruppen kommen bei den anstehenden Lockerungen ebenfalls viel zu kurz. Viele Eltern gehen nach wochenlanger Mehrfachbelastung (Homeoffice, Kita- und Schuler-satz) „auf dem Zahnfleisch“ und brauchen dringend eine Perspektive, wie Arbeit und Kinderbetreuung künftig funktionieren sollen. Die momentan diskutierten Regelungen wirken oft diskriminierend und verschärfen die Probleme eher: Wer entscheidet, welche Kinder besonderen Förderbedarf oder Sprachprobleme haben oder aus „benachteiligten sozialen Verhältnissen“ kommen? Wie sollen Schulen und Kitas sich dann verhalten?

Ein anderes Problem stellt die wochenlange Isolation von Menschen in Altenheimen oder Wohn-einrichtungen dar. Besuchsverbote selbst für engste Angehörige werden zwar langsam gelockert. Selbst bei bester Absicht muss man aber berücksichtigen, dass bei einem alten Menschen Vereinsamung ebenfalls zu lebensbedrohlichen Situationen führen kann. Ganz zu schweigen vom Verstoß gegen Grund- und Menschenrechte. *Roland Böhm*

Fortsetzung von S. 1

Raum für Radverkehr

Den Pilgrimstein z.B. hat die Langzeitbaustelle zu einem gefährlichen Flaschenhals für den Radverkehr gemacht. Statt den Radge-gegenverkehr in Richtung Uni-Bibliothek durch eine deutliche Markierung, Tempo 20 und Umbauten im Straßenraum sicherer zu machen, ruderte Oberbürgermeister Thomas Spies zurück. Radfahrer*innen sollen schieben, der Pkw-Verkehr darf fast ungehindert fließen.

Jetzt wäre die Stunde, endlich – und sei es erst mal in einem Verkehrsversuch – den Pilgrimstein für Pkw zu sperren, außer die Zufahrt zum und die Abfahrt vom Parkhaus.

Weitere Radstreifen sollten markiert und verkehrsberuhigte Fahrradstraßen z.B. in der Uferstraße und andernorts eingerichtet werden.

Ja, Corona regt auch zu einem verkehrspolitischen Umdenken an, in dessen Zentrum genauso der Schutz von Menschenleben und der Ausbau der Lebensqualität stehen sollte.

Henning Köster



Foto: Peter Reckling

▲ Stadtverordneter Henning Köster bei der Fahrraddemonstration am 23. Mai

Kurz notiert

Wenig Abstand im Bus

Wegen Corona war die Nutzung der Busse stark zurückgegangen und auf Ferienbetrieb umgestellt worden. Aber trotz Rückkehr zum regulären Betrieb sind die Busse über-

füllt und damit potentielle Infektionsherde. Mit Sorge blickt man in den Herbst, wenn Zufußgehen oder Radfahren nicht mehr so attraktiv sind und eventuell eine zweite Infektionswelle droht.

Um ein flexibles und sicheres Buskonzept auch für längere Zeit zu gewährleisten, müssen daher schnelle Anpassungen insbesondere in den

Linien 2, 7 und 9 erfolgen. Außerdem muss endlich wieder die Arbeit im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr möglich werden, damit die Verkehrspolitiker*innen wieder arbeiten können. *Stefanie Wittich*

Wann geht's los am Hasenkopf?

Die Stadt plant den „Hasenkopf“ oberhalb Ockershausens zu bebauen. Dazu muss sie Grundstücke erwerben. Die Marburger Linke fragte an, wie viele der notwendigen 40 Grundstücke bereits gekauft wurden. Der zuständige Dezernent Wieland Stötzel gestand ein, dass noch kein Grundstück erworben werden konnte und ergänzte: „Im günstigsten Fall ist nicht vor Ende 2024 mit Wohnungsbaubeginn zu rechnen.“ Diese Antwort ist sehr unerfreulich, da dies bedeutet, dass in dieser Wahlperiode dort sicherlich keine einzige zusätzliche Wohnung fertiggestellt wird. Beim Thema be-

zahlbarer Wohnraum hat die Stadt viel versprochen, aber wenig gehalten. Die Marburger Linke drängt, dass die Stadt am Ball bleibt.

Tanja Bauder-Wöhr

Tafel verteilt wieder

Im ersten Schock des Corona-Lockdown schloss wie überall auch in Marburg die Tafel. Das traf besonders bitter diejenigen, die bereits bisher auf sie angewiesen waren. Zum Glück handelte die Marburger Tafel kreativ und unbürokratisch. Ein Zelt in der Nähe des Landratsamtes wurde eilig erstellt. Es fanden sich rund 60 neue ehrenamtliche Helfer*innen. Und so gelingt es seit dem 2. April, allen die benötigten Lebensmittel dort in der Ausgabe bereitzustellen. Für die zahlreichen Bedürftigen ist dies eine oft nicht unerhebliche Hilfe im schwieriger und teurer gewordenen Alltag. Eine grundlegende Sozialpolitik kann sie nicht ersetzen.

Anja Kerstin Lercher



Foto: Steffi Wittich

▲ Zu geringe Distanz im Bus: Foto vom 20.4. in der Linie 2



▲ Demokratie unter erschwerten Bedingungen: 1. Mai 2020

Corona kontra Demokratie?

Kommunalvertretungen nur noch auf Sparflamme

Aufgrund der Corona-Pandemie gilt Gesundheitsschutz als oberstes Gebot, gesellschaftliche Aktivitäten werden teils massiv eingeschränkt. Besonders in Zeiten der gesundheitlichen Bedrohung ordnet sich die Mehrheit der Bürger*innen restriktiven Maßnahmen relativ bereitwillig unter. Sie nimmt Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, auch der Grundrechte wie Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in Kauf. Reihenweise wurden kulturelle, sportliche und andere Veranstaltungen abgesagt. Zeitweilig stand das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben fast still.

Sowohl das Stadtparlament in Marburg als auch der Kreistag Marburg-Biedenkopf haben Sitzungen

abgesagt. Das Stadtparlament will Ende Mai unter Sonderbedingungen zusammentreten.

Die Fachausschüsse, die in der Regel die Anträge der Fraktionen beraten, tagen nicht. Das beeinträchtigt nicht nur bereits laufende Initiativen (etwa zum Klimaschutz), sondern auch die Politik- und Kontrollfähigkeit der gewählten Parlamentarier*innen.

Doch auch und gerade in solchen Krisenzeiten sehen es Linke vor allem als ihre Aufgabe an, über die Einhaltung von sozialen und demokratischen Grundrechten zu wachen. Sie fragen bei jeder Maßnahme: Was ist zum Schutz der Gesundheit unabdingbar – und was ist zum Schutz der Demokratie nicht mehr statthaft? Das ist ein schwieriger Balanceakt.

Für linke Politiker*innen ist es zudem wichtig, dass Menschen mit schmalen Geldbeutel nicht noch weitere Nachteile erleiden. Was ist, wenn das Kurzarbeitergeld nicht reicht, wenn die Miete nicht mehr bezahlt werden kann, wenn es mit der Betreuung der Kinder nicht klappt oder Menschen Hilfe brauchen? Die Fraktionen in Stadt und Kreis setzen sich dafür ein, dass alle diese drängenden Fragen weiterhin verstärkt verhandelt werden – unter Berücksichtigung der Gesundheitsvorsorge. Die Beschränkungen müssen verantwortungsbewusst geprüft werden. Es kann nicht sein, dass eher ein Biergarten öffnet, als die Parlamentarier zusammenkommen.

Renate Bastian

Grüne für Kommissionen statt gewählte Räte

DIE LINKE: Landkreis braucht gewählten Ausländerbeirat

Seit Jahren kennzeichnet die Fraktion der LINKEN im Kreistag ein Alleinstellungsmerkmal: Sie setzt sich als einzige Fraktion konsequent für soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und für die demokratische Teilhabe aller Einwohner*innen im Landkreis ein. Um die demokratische Teilhabe ausländischer Einwohner*innen zu verbessern, fordert DIE LINKE immer wieder, auf Kreisebene einen Ausländerbeirat einzuführen.

Mit Verweis auf das Instrument „Integrationskommission“, das von Schwarz-Grün inzwischen neu in die Hessische Gemeindeordnung eingeführt ist, wird die Forderung während der letzten Haushaltsberatung im Kreistag als „Propaganda“ diffamiert.

Eine Integrationskommission, die – wie vorgesehen – weder gewählt wird, noch öffentlich tagt, existiert bereits im Landkreis. Diese heißt: „Partizipation und Teilhabe in Vielfalt“. Sie soll laut eigener Geschäftsordnung „den Kreisausschuss für unterschiedliche Perspektiven, Bedürfnisse und Möglichkeiten einer vielfältigen Gesellschaft sensibilisieren“. Was das heißt, wissen nur

die direkt Beteiligten. Weshalb gerade die Grünen nicht gewählte und nicht öffentlich tagende Kommissionen als „Bürgerbeteiligung“ verkaufen, bleibt rätselhaft. Ebenso der grüne Widerstand gegen Senioren- und Behindertenbeiräte, die, von den LINKEN mehrfach beantragt, schließlich von der SPD/CDU-Koalition im Kreis eingeführt wurden.

Die Argumente, die Wahlbeteiligung bei den Beiratswahlen sei zu gering und zu wenig Menschen seien bereit, sich zu engagieren, stechen nicht. Die Kommunalpolitik ist in der Pflicht, unter Einbindung bestehender Strukturen geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Mitwirkung und Selbstvertretung aller Einwohner*innen des Landkreises auch zwischen den Wahlterminen ermöglichen.

Viele erfolgreich arbeitende Ausländerbeiräte in ganz Hessen beweisen: Es funktioniert. Geheim tagende Kommissionen sind jedenfalls keine Lösung. Sie dienen lediglich der Selbstlegitimation eigener Politik unter dem Motto „Wir tun was“.

Bernd Hannemann

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion DIE LINKE im Kreistag und Fraktion Marburger Linke

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Alex Cramer, Inge Sturm, Dorian Tigges, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 26.5.2020

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf

Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg

Tel. 06421-163873

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de



▲ Kreistagsfraktion der LINKEN: Anna Hofmann, Bernd Hannemann, Christian Bubel und Ingeborg Cernaj (v. l. n. r., ohne Martin Krieger)

Corona: Risiken und Nebenwirkungen

DIE LINKE im Kreistag fordert sozialen Ausgleich für durch die Corona-Krise am stärksten Betroffene

Der zweite Fall von Covid-19 im Landkreis wurde am 10. März bestätigt. Landrätin Kirsten Fründt kommentierte: „Wir teilen die Einschätzung des Robert-Koch-Instituts, dass die Gefährdung für die Bevölkerung derzeit als mäßig einzuschätzen ist.“ Dennoch ergeht die erste „Allgemeinverfügung zum Schutz der Bevölkerung vor dem ansteckenden Erreger SARS-CoV-2“ durch die Landrätin am 12. März.

DIE LINKE im Kreistag erarbeitete daraufhin drei große Anfragen an den Kreisausschuss zu den komplexen „Soziale Sicherheit“, „Gesundheitswesen“ und „Demokratische Kontrolle“ im Landkreis in Zeiten von Corona. Mit den Anträgen „Bürgerschafts- und Nachbarschaftshilfen unterstützen“, „Einrichtung eines Corona Sozialfonds“ und „Familienunterstützende Dienste nicht aussetzen“ sollten die negativen Auswirkungen gerade für die ärmsten Menschen im Landkreis abgemildert werden. Einzelheiten finden sich unter: linksfraktion-marburg-biedenkopf.de

Sozialer Schutzschirm für die Ärmsten!

Die Folgen der derzeitigen Krise treffen arme Menschen mit einer ganz besonderen Härte. Neben den psychologischen, physischen und sozialen Auswirkungen müssen sie mit weiteren Einbußen ihres ohnehin schon zu geringen Einkommens zurechtkommen.

Positiv zu werten: Laut Kreisausschuss werden bei Hartz-IV, der Sozialhilfe und der Grundsicherung im Alter Folgeanträge bis zum 31. August ohne Prüfung bewilligt. Sanktionen werden ausgesetzt. Das „Vereinfachte Verfahren“ für Neuanträge ist 16 Seiten lang und kompliziert. Hier muss der Kreisausschuss dringend nachbessern, damit Betroffene nicht in die Röhre schauen.

Waren die Regelsätze schon vor

Corona zu niedrig, wird die Situation für die Armen durch Hamsterkäufe preiswerter Artikel, geschlossene Tafeln und Wegfall der Mittagessen in Schulen und Kitas verschärft.

Da auch bei Stromsperren, Mietrückständen und Kosten für den Nahverkehr – die Ausgabestellen des „Miteinander-Ticket“ sind im Landkreis derzeit geschlossen – der Kreisausschuss armen Menschen finanziell nicht unter die Arme greifen will, zum Beispiel durch einen ÖPNV zum Nulltarif, fordert DIE LINKE im Kreistag, wie der Paritätische Gesamtverband, als Ausgleich für die zusätzlichen Härten einen Zuschlag von 100 Euro im Monat zu den bisherigen Regelsätzen bei den Transferleistungen. Dieser Zuschlag soll auch nach der Krise beibehalten werden.

Wichtige Berufsgruppen besser bezahlen

In der Krise zeigt sich, was die Gesellschaft im Landkreis zusammenhält – und was nicht. Menschen, die zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Erziehung, Landwirtschaft, Einzelhandel, Medizintechnik sowie in allen Bereichen der öffentlichen Daseins-

vorsorge arbeiten, sind für die Gesellschaft wichtig. Nachbarschaftliche Unterstützung ebenso.

Die Bezahlung dieser Berufsgruppen steht in einem grotesken Missverhältnis zu ihrem tatsächlichen Stellenwert, nicht nur in einer Krise; zumal viele dieser Arbeiten von Frauen ausgeübt werden, die noch schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen. Applaus von Balkonen ist schön und gut – eine kräftige Lohnerhöhung ist wesentlich besser!

DIE LINKE im Kreistag fordert gemeinsam mit den Beschäftigten, den Gewerkschaften und der Bundespartei: für exponierte Arbeitsplätze eine Gefahrenzulage von mindestens 500 Euro pro Monat, allgemeinverbindliche Tarifverträge (nicht nur) im Einzelhandel und eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes grundsätzlich auf 90% des vorherigen Nettolohns. Kein Vollzeitbeschäftigter soll mit weniger als 1.200 Euro Nettolohn abgespeist werden.

Lehren für die Zukunft

Der Pandemieplan des Landkreises muss dringend überprüft werden. Beispielhaft das Chaos bei den fehlenden Mund-Nase-Masken: Das

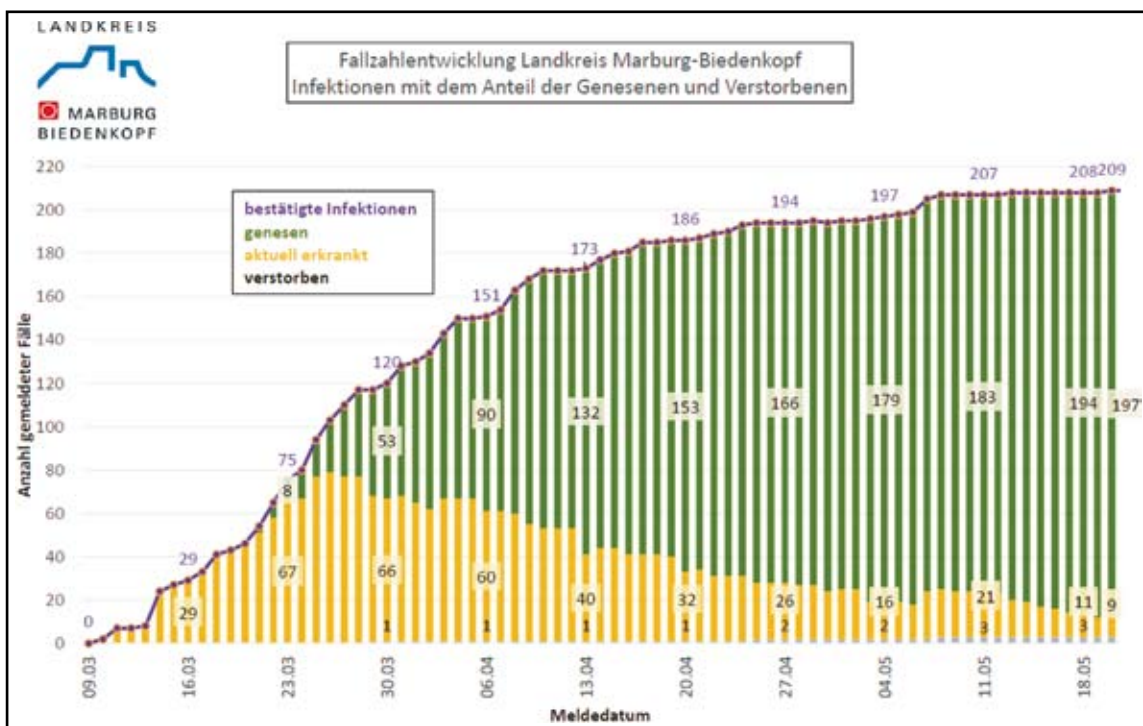
Gesundheitsamt fühlt sich nicht zuständig und verweist auf das Land Hessen. In der Folge schließen Arztpraxen. Ärzte behandeln Krebspatienten ohne Schutz.

Atemwegs- und Fiebererkrankungen werden per Ferndiagnose behandelt. Für Erkrankte mit diesen Symptomen bleiben die Praxen verschlossen. Ein Test auf Covid-19 ist derzeit ebenfalls nicht möglich, wenn die Person nicht in einem Risikogebiet war oder keinen Kontakt zu Infizierten hatte. Auch chronisch Kranke meiden aus Angst vor Ansteckung Arztpraxen. Kliniken und Praxen wurden in der Krise um 30 Prozent weniger aufgesucht. Ein gefährliches Spiel mit dem Leben der Betroffenen.

Auch DIE LINKE im Kreistag muss sich selbstkritisch fragen, ob sie die Vorbereitungen des Kreisausschusses auf eine derartige Krise gründlich genug hinterfragt hat. Für die Zukunft der Fraktionsarbeit sollte gelten: Auch bestehende Gewissheiten sind ständig kritisch zu bedenken. Wer von den Leser*innen dabei mitwirken will, kann hier Kontakt aufnehmen:

kontakt@linksfraktion-marburg-biedenkopf.de

Anna Hofmann/Hajo Zeller



▲ Elf Wochen nach Pandemie-Beginn ist die Zahl der Neuinfizierten auf null gesunken

Flüchtlinge - gibt's die noch?

Gastbeitrag von Kurt Bunke, Vorsitzender des Cölber Arbeitskreises Flüchtlinge (CAF)



Foto: Renate Bastian

▲ Kundgebung der Seebrücke in Marburg am 3. März

Medial werden Menschen auf der Flucht in Corona-Zeiten kaum noch wahrgenommen. Die Zahl neu ankommender Asylsuchender sinkt von Jahr zu Jahr. Im Landeshaushalt 2020 hat die Wiesbadener Regierungskoalition die Mittel für ehren-

amtliche Flüchtlingshilfe von landesweit einer Million Euro auf null zusammengestrichen. Das bei der Staatskanzlei angesiedelte Unterstützungsprogramm ist sang- und klanglos ausgelaufen.

Und doch sind diese Menschen noch da. In der Hessischen Erst-

aufnahmeeinrichtung Gießen und deren Außenstellen wohnen sie auf engstem Raum, treten aber öffentlich nicht mehr in Erscheinung. Von der Ankunft bis zur Entscheidung über Abschiebung, Duldung, subsidiären Schutz oder Asyl spielt sich ein hochgradig rationalisierter Prozess hinter verschlossenen Türen ab. Kontakte zwischen Asylsuchenden und einheimischer Bevölkerung gibt es in dieser Phase nicht mehr. Gesundheitsleistungen sind auf das Notwendigste beschränkt. Schulunterricht findet nicht statt, und das für eine Dauer von maximal 18 Monaten. Integration ist weder politisch beabsichtigt noch praktisch umsetzbar.

Das ändert sich erst nach der Entscheidung über den Asylantrag. Geflüchtete werden dann entweder sofort abgeschoben oder einer Kommune zugewiesen. Damit sind sie für die Öffentlichkeit sichtbar. In Marburg und allen größeren Orten des Landkreises haben sich eh-

renamtlich tätige Initiativen gebildet, die diesen Menschen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Formulare werden gemeinsam ausgefüllt, Bewerbungen um Stellen geschrieben, Anträge auf Hartz IV gestellt, ärztliche Betreuung, Schul- und Kitabesuch organisiert. Wenn staatliche Angebote fehlen, gibt es Deutschunterricht und Nachhilfe. Wenn Menschen nur geduldet sind, können sie auch nach Jahren erfolgreicher Berufstätigkeit immer noch abgeschoben werden. In solchen Fällen greifen flächendeckend Solidaritätsaktionen.

Nicht nur neu zugezogene Flüchtlinge brauchen Solidarität. Integration ist ein lang andauernder Prozess, der kontinuierlich angelegte Arbeit erfordert. Einheimische und Zugewanderte entwickeln gemeinsam Perspektiven eines friedlichen Zusammenlebens in sozialer Sicherheit. Das ist anstrengend, und das dauert. Flüchtlinge auf griechischen Inseln und auf Booten im Mittelmeer brauchen Solidarität erst recht. Für sie muss es kommunale und landesweite Aufnahmeprogramme geben.

Kurt Bunke

75 Jahre Kriegsende

Der 8. Mai, der Tag der Befreiung, muss Feiertag werden

Der 28. März 1945 war der Mittwoch vor Ostern. An diesem Tag wurde Marburg an US-amerikanische Truppen übergeben. Anders als in Niederweimar und Gisselberg fanden keine Kämpfe statt. Noch am Palmsonntag soll auf dem Sportplatz an der Gisselberger Straße ein Fußballspiel stattgefunden haben, wenige Tage später endete das „Tausendjährige Reich“. Führende lokale NS-Größen verließen Marburg fluchtartig, andere gingen zu Verwandten aufs Land.

Stadt und Landkreis hatten den Nationalsozialismus gewählt. Die NSDAP errang ab 1932 Stimmannteile über 50 Prozent bei Wahlen. Besuche Hitlers und Görings wurden in Marburg frenetisch bejubelt. Die Nazi Herrschaft bedeutete sofort schärfste Verfolgungsmaßnahmen und Arbeitslager für Mitglieder der Arbeiterparteien

und der Gewerkschaften. Ohne Widerspruch der Bevölkerung wurde später das jüdische Leben auch in Marburg ausgelöscht. Nur wenige Jüd*innen, Sinti und Roma überlebten die Deportationen in die Konzentrationslager.

Der 8. Mai markierte schließlich die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, das Ende der zwölfjährigen Terrorherrschaft und des Zweiten Weltkriegs in Europa. Die LINKE fordert daher einen bundesweiten gesetzlichen Feiertag. Denn der 8. Mai sollte ein gemeinsamer Gedenktag an die Befreiung von einem mörderischen Regime sein, ein Tag der Erinnerung an die Millionen Kriegstoten, der Ermordeten in den Arbeits- und Konzentrationslagern, ein Tag der Freude über die Chance eines demokratischen Neubeginns und ein Tag der Mahnung, wenn 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen

Parlamenten sitzen, auf der Straße marschieren und morden.

Sonntagsreden reichen nicht. Es muss gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, wie die befreiten Häft-

linge im Schwur von Buchenwald als Auftrag bekräftigt haben. Ein bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung. Nicht nur, aber auch an jedem 8. Mai.

Alex Cramer/Inge Sturm



Wiesbadener Zwischenruf

Kaum Hilfe für Studierende

Kein Spielball!

Die Corona-Pandemie führt uns allen erneut vor Augen, wie wichtig eine gute Gesundheitsversorgung ist. Viele spenden Beifall für Pflegekräfte. Das ist gut. Zur Wahrheit gehört aber auch: Unser Gesundheitswesen ist kommerzialisiert und privatisiert worden. Der Höhepunkt dieser neoliberalen Umstrukturierung war der Verkauf unseres Universitätsklinikums durch die CDU-Landesregierung an die Rhön-AG.

In den geheimen Verträgen war im Falle eines Weiterverkaufs durch die Rhön AG eine Rückkaufklausel für das Land vereinbart, die Ende 2019 auslief. Nur wenig später verkündete der Klinikkonzern Asklepios, dass er die Rhön AG samt UKGM übernehmen wolle. Seitdem liefern sich drei alte, schwerreiche Konzernpatriarchen eine Übernahmeschlacht auf den Aktienmärkten, um die Hoheit über Krankenhäuser zu gewinnen. Man hat den Eindruck, auf dem Krankenhausmarkt geht es zu wie im Spielcasino.

Während in Mittelhessen die Angst umgeht, dass unser Klinikum erneut verkauft wird, bleibt die schwarz-grüne Landesregierung weitgehend tatenlos. Dabei ist Asklepios dafür bekannt, Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung zu missachten. Die Grünen, einst Gegner der Privatisierung, setzen heute auf konstruktive Gespräche im Hintergrund. Für das Verhalten privater Dritter könne man keine Garantien abgeben, so die zuständige Ministerin Angela Dorn.

Mit dieser Politik muss Schluss sein. Notwendig ist eine Krankenhausfinanzierung nach Bedarf. Die Kliniken brauchen mehr Personal. Und im Hessischen Landtag braucht es Mehrheiten, die unser Klinikum in öffentliches Eigentum zurückführen – per Rückkauf oder per Gesetz zum Wohle der Allgemeinheit nach Artikel 14, 15 GG.

Jan Schalauske,

Mitglied des Hessischen Landtags

Die Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise haben massive Auswirkungen auf die Universität und die Studierenden. Veranstaltungen wurden, häufig mehr schlecht als recht, durch Videokonferenzen ersetzt. Der Zugang zu den Bibliotheken war lange Zeit kaum möglich, Prüfungen wurden verschoben. Viele Studierende verloren mit ihren Jobs, etwa in der Gastronomie, die Existenzgrundlage.

Hilfe von behördlichen Stellen gab es nur wenig. Das Land legte einen kleinen Fonds auf, dessen Gelder jedoch, obwohl er kaum jemanden erreichte, nach wenigen Ta-

gen ausgeschöpft waren. Die Bundesregierung hat den Zugang zu KfW-Studienkrediten erleichtert und übernimmt für ein Jahr die Zinsen; danach müssen die aktuell Hilfsbedürftigen selbst zahlen.

Obgleich die Aussetzung der Regelstudienzeit für viele, aufgrund des damit verbundenen Bafög-Stipendiums, enorm wichtig wäre, lehnt das Land dies ab. Stattdessen will die Universität zu Beginn des nächsten Semesters ein Formular an alle Studierende verschicken, mit dem die aktuelle Unstudierbarkeit belegt oder beantragt werden kann. Unbürokratische Hilfe sieht anders aus.

Dorian Tigges

Schutz vor Corona braucht ein Zuhause



Foto: Bündnis Marburg gegen Mietenwahnstim

Das Bündnis „Marburg gegen Mietenwahnstim“ hat eine Petition an das Stadtparlament gerichtet mit den Forderungen:

1. Einrichtung eines städtischen Solidaritätsfonds für Mieter*innen;
2. Bedingungslose Aussetzung von Mietzahlungen während der Corona-Krise bei gleichzeitigem Erlass von Mietschulden;
3. Einführung eines Mietendeckels;

www.change.org/MietenwahnstimMarburg

Weitere Infos unter: www.facebook.com/mietenwahnstimmarburg

4. Keine Energie- und Wassersperren;
 5. Erstellung eines Leerstandskatasters;
 6. Vermittlung zwischen Leerstandseigentümer*innen und Besetzer*innen;
 7. Milieuschutz für Marburg.
- Das Etappenziel von 200 Unterschriften ist fast schon erreicht. Unterschreiben kann man unter:



Foto: Thorsten Richter

▲ 1.-Mai-Kundgebung am Elisabeth-Blochmann-Platz



Foto: Alex Gramer

▲ Geschlossenes Landgrafenhäus

LINKE plant kommunalpolitischen Ratschlag

In Anbetracht der Kommunalwahl 2021 lädt DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, zu einem Austausch mit Bürgerinitiativen, Bündnissen, Bewegungen und Vereinen ein.

„Wir wollen Stadt und Kreis für alle schaffen. Daher sind die Anliegen der Bürger*innen unsere entscheidende Grundlage zur Schaffung einer sozialeren, ökologischeren und gerechteren Politik. Die Veranstaltung soll, wenn möglich, Ende Juni stattfinden. Interessierte sind herzlich eingeladen.“

Kontakt: info@die-linke-marburg.de

Fortsetzung von S. 1

Solidarität in Zeiten von Corona

Die Mittel für diese Maßnahmen und eine sozialökologische Wiederankurbelung der Wirtschaft dürfen nicht wieder durch Sparprogramme oder Steuererhöhungen zu Lasten der unteren und mittleren Einkommen aufgebracht werden, sondern durch einen Vermögensausgleich auf Kosten der Wohlhabenden, eine Millionärssteuer und eine drastische Reduzierung der Rüstungsausgaben. Das wäre solidarisch.

Nico Biver

Sozialrechtsberatung

Mindestsicherung zu niedrig, Hartz IV gekürzt, Wohngeld verweigert, Abschiebung angedroht – DIE LINKE Marburg-Biedenkopf bietet in Kooperation mit dem Fachanwalt Dieter Unseld eine kostenlose Sozialrechtsberatung an.

Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mail, um eine Beratung zu vereinbaren:

Tel.: 06421 / 163873

E-Mail: info@die-linke-marburg.de